



Fusion vollzogen

In Fulda schlossen sich Transnet und die GDBA zur neuen Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft EVG zusammen. Die Organisation mit ihren etwa 240 000 Mitgliedern ist Mitglied im DGB. **Seite 2**



Mode aus den Favelas

In Rio de Janeiro toben derzeit Kämpfe zwischen Drogenbanden, Polizei und Militär in den Favelas. CAMPO setzt in den Armutsvierteln friedliche Kontrapunkte, zum Beispiel mit Designermode. **Seite 3**



Literatur im ND

Peter Hacks bleibt angesagt: Seine Geschichten von Henriette und Onkel Titus sind wieder neu auf dem Buchmarkt. Und Eberhard Panitz erzählt, wie er den Herbst '89 erlebte. **Seite 17**

Standpunkt

Zwei Seiten einer Medaille

Von Olaf Standke

Vor dem OSZE-Gipfel konnte man gelegentlich den Eindruck gewinnen, wichtigste Aufgabe des ersten Treffens der Organisation auf höchster Ebene nach elf Jahren sei es, Gastgeber Kasachstan unter Reformdruck zu setzen. Bei aller berechtigten Kritik an den Zuständen in der zentralasiatischen Republik – genau diese einseitige Instrumentalisierung wäre kontraproduktiv, will man das 56-Staaten-Gremium »wiederbeleben«, wie es gestern zur Eröffnung hieß. Wenn das multilaterale Forum seine beste Zeit hinter sich habe, wie Russlands Präsident Medwedjew formulierte, wenn klare Regeln fehlen, die Arbeitsweise verstaubt ist, dann hat das einen einfachen Grund: Die OSZE ist nur so gut, wie ihre Mitglieder es zulassen.

Dabei wäre viel möglich. Als in den 1990er Jahren die NATO auf dem Balkan in den Krieg zog, um Konflikte auf ihre Art im Schlachtenlärm zu lösen, hat die OSZE mit einem Bruchteil der so verpulverten Mittel und »stiller Diplomatie« in Mittelost- und Südosteuropa vermittelt, und im günstigsten Fall erwachsen aus konstruktivem Dialog Vertrauen und Kooperation. Konfliktprävention ist allemal das erfolgversprechendste friedenspolitische Instrument. Es war gestern in Astana viel von der notwendigen Modernisierung der OSZE die Rede. Sich auf den Namen der Organisation zu besinnen, wäre da schon ein Anfang: Sicherheit und Zusammenarbeit sind zwei Seiten einer Medaille.

Stuttgart im Stress-Test

Neun Schlichtungsrunden später: Graben zwischen S21-Gegnern und -Befürwortern bleibt

Ungeachtet möglicher neuer Konflikte um ihr Milliardenprojekt will die Bahn bei Stuttgart 21 wieder ans Werk gehen. Die Gegner fordern einen Baustopp, bis das Ergebnis des von Schlichter Heiner Geißler vorgesehene Stresstests für den unterirdischen Durchgangsbahnhof vorliegt.

Stuttgart/Berlin (Agenturen/ND). Nach dem Schlichterspruch von Heiner Geißler zu Stuttgart 21 streiten Gegner und Befürworter des Bahnprojekts über die Umsetzbarkeit des Kompromissvorschlags. Vor allem die Grünen kritisierten am Mittwoch den Schlichterspruch und kündigten weiteren Widerstand gegen den Bau an. Die Landesregierung in Stuttgart wiederum erzeugte trotz der Ankündigung eines Dialogforums Zweifel, dass Geißlers Forderungen umgesetzt werden.

Am Ende von neun Schlichtungsrunden mit Gegnern und Befürwortern des neuen Tiefbahnhofs hatte Geißler am Dienstag vorgeschlagen, aus Stuttgart 21 durch eine Reihe von Nachbesserungen »Stuttgart 21 plus« zu machen. Mittelpunkt des Schlichterspruchs ist ein Stresstest, mit dem die Bahn nachweisen soll, dass der Neubau tatsächlich wie versprochen im Vergleich zum alten Hauptbahnhof die Abfertigung von 30 Prozent mehr Zügen in den Stoßzeiten bei guter Betriebsqualität ermöglicht.

Grünen-Chef Cem Özdemir forderte bis zum Ergebnis des Stresstests einen Baustopp. »Daraus folgt zwingend, dass ein Bau- und Vergabestopp gelten muss«, erklärte er in Berlin. Der Grünen-Spitzenkandidat für die baden-württembergischen Landtagswahlen am 27. März, Winfried Kretschmann, kündigte neue Proteste an.

Auch die Linkspartei in Baden-Württemberg fordert einen Baustopp bis zur Landtagswahl. »Es dürfen jetzt keine Fakten geschaffen werden, die den Ausstieg aus dem Projekt, zum Beispiel mit Hilfe eines Regierungswechsels, erschweren oder dramatisch verteuern«, erklärte Sybille Stamm, LIN-



Hartnäckig auch im Stuttgarter Schnee: Protestcamp im Mittleren Schlossgarten

Foto: dpa/Marijan Murat

KE-Landesprecherin und Vertreterin im Aktionsbündnis gegen S21.

Bahn-Chef Rüdiger Grube lehnte am Rande einer Bahnveranstaltung in Fulda einen Baustopp ab. »Das Schöne ist, Herr Geißler hat bestätigt, dass Stuttgart 21 gebaut werden soll. Das machen wir jetzt weiter«, sagte Grube dem Bayerischen Rundfunk. Bahn-Vorstandsmitglied Volker Kefer erwartet die Ergebnisse des Stresstests erst Mitte kommenden Jahres. Die Bahn gehe zudem davon aus, dass die Verträge zu Stuttgart 21 auch nach einem Regierungswechsel gültig bleiben, sagte Kefer in Stuttgart.

Baden-Württembergs Landesregierung verabschiedete ein Sieben-Punkte-Programm zu dem Projekt. Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) kündigte darin ein Dialogforum unter unabhängiger Leitung an. »Der Gesprächsfaden darf nicht abreißen«, erklärte Mappus. Offen ließ die Landesregierung allerdings, ob die Vorschläge Geißlers realisiert werden.

Landes-Verkehrsministerin Tanja Gönner (CDU) äußerte im Deutschlandfunk Zweifel an dem geforderten Bau von zwei weiteren Gleisen. Gönner sagte, das mit dem Stresstest betraute Schweizer Unternehmen habe bereits gesagt,

»sie sehen nicht das neunte und zehnte Gleis als notwendig an«. Eine Kostenexplosion des Bahnhofs drohe nicht.

In Berlin befasste sich der Bundestag in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema. Die SPD forderte, mögliche Mehrkosten für Stuttgart 21 im Bundeshaushalt einzuplanen. Der Grünen-Politiker Hermann betonte: »Wer jetzt sagt, wir machen weiter (...), der hat nicht gelernt.« Die LINKE-Politikerin Sabine Leidig sagte, nach der Schlichtung fühlten sich die Leute, die in Stuttgart auf die Straße gegangen seien, »beschnitten«.

Seiten 4 und 5

Zahlte BND jahrelang Schweigegeld?

»Curveball«-Lüge: Geheimdienst verschaffte Stichwortgeber für den Irak-Krieg deutschen Pass

Von René Heilig

Der Bundesnachrichtendienst (BND) hat seinem einstigen Informanten Rafid Ahmed Alwan (Deckname »Curveball«) auch noch gut fünf Jahre nach dessen Enttarnung als dreister Lügner mit Geld und anderen Vergünstigungen versorgt. Der Skandal ruft nach der Aufmerksamkeit von Staatsanwälten und Parlamentariern.

Heute Abend zeigen die NDR-Kollegen von »Panorama« eine Dokumentation unter dem Titel »Die Lügen vom Dienst – der BND und der Irakkrieg«. Wieder versuchen Journalisten, Parlamentarier – in diesem Fall die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr) – zur Jagd zu tragen.

Es geht um den Fall »Curveball«. Hinter diesem Decknamen verbirgt sich ein irakischer Informant des BND. Er war 1999 nach Deutschland gekommen, hatte Kontakt zum BND gefunden und den Geheimdienstlern die wildesten Lü-

gengeschichten über ein angebliches irakisches Biowaffenprogramm erzählt. Der Chemie-Ingenieur wurde ausgequetscht. Über 100 schriftliche Berichte reichte der BND an die CIA weiter, dann schickten sie die Quelle, an deren Glaubwürdigkeit der deutsche Dienst selbst erhebliche Zweifel hatte, zu den US-Kollegen.

Für die USA lieferte »Curveball« dann den einzig »zuverlässigen« Grund für den Überfall auf Irak – so Ex-Außenminister Colin Powell, der das Märchen von Saddams mobilen B-Waffen-Laboren im Februar 2003 vor der UNO ausbreitete. Für Powell ist dieser Auftritt »der Schandfleck« seiner Karriere als Soldat und Politiker. Der BND hat zumindest mitgeklackert.

Spätestens seit einer Veröffentlichung am 20. November 2005 in der »Los Angeles Times« ist klar, dass Alwan gelogen hat. Dennoch zahlte ihm der BND bis Ende 2008 weiter 3000 Euro monatlich. Laut »Panorama« ging das zehn Jahre

so. Die Zahlungen erledigte eine Münchner Tarnfirma namens Thiele und Friedrichs. Nach Einstellung der Zuwendungen klagte der Lügner vor dem Münchner Arbeitsgericht, man einigte sich auf eine Abfindung von 2000 Euro. Danach bezog der Mann Sozialhilfe in Höhe von knapp 1600 Euro.

Alwan hat dank BND auch die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen. Er lebt heute angeblich in Karlsruhe. Da liegt es nahe, dass sich die Bundesanwaltschaft um ihn und seine staatlichen Gönner kümmert. Schließlich sind »Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten«, verfassungswidrig. Entsprechend hält Paragraph 80 des Strafgesetzbuches eine Haft zwischen zehn Jahren und lebenslanglich parat.

Das geheim tagende PKGr – ihm gehören vier Unions-, drei SPD-

und zwei FDP-Abgeordnete sowie je ein Parlamentarier der Grünen und der LINKEN an – könnte sich mit der Frage beschäftigen, wieso »Curveball« Schweigegeld bekam. Will man die Rolle des BND bei der Vorbereitung des – offiziell von Deutschland abgelehnten – Irakkrieges vertuschen? Oder soll nicht herauskommen, wie der BND gelinkt wurde? War es die CIA selbst, die Alwan via oppositionellen irakischen Nationalkongress zu den deutschen Schlapphüten geschickt hat, um so einen unverdächtigen »Echoraum« zu schaffen?

Einzig das PKGr-Mitglied Christian Ströbele (Grüne) verspürt bislang den Drang zur Nachfrage. Die Union würde zwar gern den SPD-treuen BND-Präsidenten Uhrlau loswerden, findet aber keinen Ersatz. Die SPD wird schweigen. Der Skandal lief zu ihren Regierungszeiten ab, als der aktuelle Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier Kanzleramtschef und für Geheimdienstaufsicht zuständig war.

Wenig Einigkeit in Astana

Zweitägiger Gipfel zur Zukunft der OSZE

Astana (AFP/ND). Über die Zukunft der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) herrscht bei den Mitgliedstaaten Uneinigkeit. Beim OSZE-Gipfeltreffen in der kasachischen Hauptstadt Astana forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Mittwoch verstärkte Anstrengungen in zentralen Aufgabenbereichen der Organisation. Vertreter anderer Länder warben dagegen für eine Ausweitung der Kompetenzen.

»Die OSZE hat noch einiges zu tun, damit wir wirklich zu einem kooperativen und inklusiven Sicherheitsforum werden«, sagte Merkel am Mittwoch in ihrer Rede bei dem zweitägigen Treffen der 56 Mitgliedstaaten. Als besonders wichtig bezeichnete die Kanzlerin die Lösung von Regionalkonflikten, Rüstungskontrolle und den Schutz von Demokratie und sozialer Marktwirtschaft.

Der kasachische Präsident Nursultan Nasarbajew als Gastgeber sprach sich für die Schaffung eines »gemeinsamen Sicherheitsraums vom Atlantik bis zum Pazifik und vom Eismeer bis zum Indischen Ozean« aus. Er schlug zudem vor, die Aufgaben der OSZE um neue Themen wie wirtschaftliche und finanzielle Sicherheit, verstärktes Umwelt-Engagement oder religiöse Toleranz zu erweitern. Das Zustandekommen des Gipfels bezeichnete er als »Zeichen für die Wiedergeburt« der OSZE. **Seite 7**

Kurz

Somalia-Hilfe

Nairobi (dpa). Die UNO hat die Weltgemeinschaft um Spenden in Höhe von 530 Millionen Dollar für Somalia gebeten. Zwei Millionen Menschen seien dort auf Hilfe angewiesen, unter ihnen fast 1,5 Millionen Flüchtlinge.

Untersuchung

Hannover (dpa). Nach dem sprunghaften Anstieg von Krebsfällen rund um das marode Atom-mülllager Asse bei Wolfenbüttel werden jetzt alle Krebserkrankungen aus dem Landkreis untersucht.

Rot-Grün im Hoch

Berlin (dpa). Nach dem Aus für Schwarz-Grün können SPD und Grüne in Hamburg auf eine Mehrheit hoffen. Laut ZDF-Politbarometer kommen die SPD zurzeit auf 41, die Grünen auf 21 Prozent. Die CDU erholte ebenfalls 21 Prozent, die FDP würde erneut an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern. Die LINKE könnte mit 7 Prozent rechnen.

Leere Titelseite

Budapest (dpa). Zwei ungarische Wochenzeitungen werden in dieser Woche mit einer leeren Titelseite erscheinen. Damit wollen »Magyar Narancs« (Ungarische Orange) und »Elet es iradalom« (Literatur und Leben) gegen das geplante neue Mediengesetz protestieren, das sie der Aufsichtsbehörde unterwerfen will.

Unten links

In der FDP ist in der Vorweihnachtszeit putziges Wichteln angesagt. Alle jagen den parteieigenen IM, der seinen Führungsoffizier in der US-Botschaft regelmäßig über das Innenleben der letzten deutschen marktwirtschaftlichen Bastion, deren eitlen Parteichef mit der überschäumenden Persönlichkeit und andere spätrömisch-dekadente, freiheitlich-demokratische Vorkommnisse informierte. Wer den Maulwurf findet, bekommt einen Rainer Brüderle aus Schokolade – und den ehrenvollen Tschekestenauftrag, im Februar in Hamburg und im März in Baden-Württemberg dafür zu sorgen, dass die FDP doch noch in die nächsten Landtage kommt. Wer sich an der Wichtel-Aktion allerdings nicht beteiligt, muss Grußadressen an das Zentralkomitee im Berliner Thomas-Dehler-Haus verfassen, in denen er Guido Westerwelle ewige Treue versichert – und geht mit diesem wegen der Privilegien und des zeitweilig erlangten anstrengungslosen Wohlstands nach den Wahlniederlagen 2011 unter. oer

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Postvertriebsstück / Entgelt bezahlt
Einzelpreise Ausland:
Österreich Mo-Fr 1,60 EUR/Sa 2,00 EUR
Slowakei 1,70/2,10 EUR
Tschechien 61/71 CZK
Polen 6,60/9,50 PLN ISSN 0323-4940

